

03/10

Im Gespräch mit Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf, Pfaffnau

Erfolgreiche Pilotprojekte weiterführen

Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf spricht sich für saubere Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesellschaftspolitik aus. Die Prämienverbilligungsinitiative lehnt er ab: «Sie ist nicht finanzierbar!»

Welches Ziel verfolgt der Kanton Luzern mit dem Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts?

Guido Graf: Ein starker Kanton braucht eine funktionierende Gesellschaft. Deshalb setzt sich der Kanton Luzern für Rahmenbedingungen ein, welche den Zusammenhalt fördern. In verschiedenen Bereichen wurden gute Erfahrungen mit Pilotprojekten gemacht: zum Beispiel in der Elternbildung durch die Kampagne «Stark durch Erziehung», bei der Förderung zahlreicher Jugendprojekte, bei der Gleichstellung von Frau und Mann oder bei Integrationsprojekten für Migrantinnen und Migranten. Das neue Gesellschaftsgesetz erlaubt es, diese erfolgreichen Pilotprojekte ordentlich weiterzuführen.



Guido Graf: «Ohne Freiwilligenarbeit bricht unsere Gesellschaft auseinander.»

Sie hören den Einwand der Gegner: Der gesellschaftlichen Zusammenhalt kann nicht mit einem Gesetz verordnet werden!

Das will niemand! Das ist auch gar nicht nötig. Die Gesellschaft wird durch die Wirtschaft, durch Bildung, Kultur, Sozialversicherungen und vor allem durch die Eigeninitiative der Mitbürgerinnen und Mitbürger zusammengehalten. Doch erfahren wir alle, dass die heutige Gesellschaft durch eine verstärkte Individualisierung herausgefordert ist. Es braucht neue Rahmenbedingungen, um zum Beispiel die Freiwilligenarbeit zu stärken, denn ohne Freiwilligenarbeit bricht unsere Gesellschaft auseinander.

Das Gesellschaftsgesetz setzt da an, es ist ein Rahmen- und Fördergesetz. Es ist interessant, beim Wirtschaftsförderungsgesetz kommt auch niemand auf die Idee, der Kanton wolle Wirtschaft «verordnen»...

Wird mit dem Gesetz die staatliche Tätigkeit ausgeweitet?

Das Gesetz bringt keine neuen Aufgaben für Kanton und Gemeinden. Das Gesetz ermöglicht es, dass der Kanton erfolgreiche Pilotprojekte verlässlich und auf einer sauberen gesetzlichen Grundlage weiterführen kann. Er ist subsidiär tätig zur Stärkung der Ge-

meinden und privater Institutionen. Das heisst, der Kanton soll und darf dort tätig sein, wo privates Engagement nicht ausreicht. Dazu sind nur bescheidene zusätzliche Mittel und keine neue Stellen vorgesehen.

Am 13. Juni wird zudem über die Prämienverbilligungsinitiative abgestimmt. Welche Folgen hätte die Annahme der Initiative?

Die Initiative verlangt, dass Anspruch auf Prämienverbilligung bestehen soll, wenn die Krankenkassenprämie 10 Prozent des massgebenden Einkommens übersteigt. Die Initiative ist nicht finan-

zierbar. Sie würde zu Mehrkosten von ungefähr 70 Millionen Franken führen. Für den Kanton und die Gemeinden würden demnach Mehrkosten von je rund 35 Millionen Franken entstehen. Weil anzunehmen ist, dass die Prämien für die Krankenkassen weiterhin stärker ansteigen werden als die Einkommen, würde die Zahl der Bezugsberechtigten von Jahr zu Jahr zunehmen.

Was bedeutet das konkret?

Gemessen an der Gesamtbevölkerung haben im Jahr 2008 37 Prozent Prämienverbilligung bezogen. Bei Annahme der Initiative würden zusätzlich rund 20 Prozent der Bevölkerung bezugsberechtigt. Mit anderen Worten: Damit würde mehr als die Hälfte der Luzerner Bevölkerung Prämienverbilligung beziehen.

Bringt die Initiative denjenigen Menschen etwas, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben?

Nein. Den Bezügerinnen und Bezüger von wirtschaftlicher Sozialhilfe, von Mutterschaftsbeihilfe oder von Ergänzungsleistungen bringt die Initiative keine Vorteile. Diesen Menschen wird bereits heute die Prämie vollständig erlassen.



Der Neubau auf der Surseer Kottenmatte (Ansicht Süd-West)

Kanton: Erweiterung Berufsfachschule Sursee

Berufsbildung braucht mehr Raum

Zwei von drei Jugendlichen im Kanton Luzern absolvieren eine Berufsausbildung. Die Gesundheits- und Sozialberufe erfreuen sich grosser Beliebtheit. Um die wachsenden Schülerzahlen in diesen Berufen aufzufangen, soll die Berufsfachschule in Sursee erweitert werden.

abü. Die Gebäude der Berufsfachschule auf der Kottenmatte in Sursee sollen erweitert und saniert werden. Nachdem der Kantonsrat den dafür nötigen Kredit von 34,9 Millionen Franken genehmigt hat, entscheidet das Luzerner Stimmvolk am 13. Juni 2010 an der Urne.

«Situation ist prekär»

Für CVP-Kantonsrat Markus Odermatt ist klar: «Die jetzige Situation in Sursee ist prekär. Der Raumbedarf ist ausgewiesen und unbestritten.» Der reguläre Unterricht könne zurzeit nur mit aufwendigen Provisorien aufrechterhalten werden. Besonders die Gesundheits- und Sozialberufe, die zurzeit auf sechs verschiedene Standorte verteilt sind, könnten dank der geplanten Zusammenführung am Standort Sursee ihr Leistungsangebot steigern. Die Zustimmung an der Urne vorausgesetzt, sieht der Terminplan den Baubeginn im Frühjahr 2011 vor. Die Inbetriebnahme des neuen Schulgebäudes ist teilweise im Herbst 2012 und vollständig im Herbst 2013 vorgesehen.

Kritische Stimmen im Kantonsrat

Im Kantonsrat gab es auch kritische Stimmen zur Bauvorlage. Die Mehrkosten von fast 15 Mio. Franken (gegenüber der ersten Kostenschätzung von 2007) und der Abbruch von intakten Schulgebäuden stiessen bei einer Ratsminderheit auf Unverständnis. Der von der CVP eingereichte Vorschlag, kostengünstigere Alternativen zum Projekt prüfen zu lassen, hatte indes keine Chance und wurde abgelehnt.

Vorschau

«CVP aktuell» 04-10

Wir freuen uns, dass die JCVP mit ihrer Volksinitiative «Familienstimmrecht» ein innovatives Thema aufnimmt. Das «CVP aktuell» 04-10 wird sich als Sonderausgabe dieser Initiative widmen. Der Ausgabe wird auch ein Unterschriftenbogen beigelegt sein. Die Meinungsbildung wird die CVP Kanton Luzern nach Einreichung der Initiative vornehmen.

Kluge Sozialpolitik



JA

zum Gesetz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

NEIN

zur Initiative Prämienverbilligung

Besser für unser Land



Kanton: Volksinitiative «Ja zur Luzerner Naturheilkunde»

Bewilligung ohne anerkanntes Diplom?

Soll die Praxisbewilligung für Naturheilpraktiker wieder eingeführt werden? Das sichere den Patientenschutz sagt der Befürworter. Die Gegnerin will zuwarten, bis es ein national anerkanntes Diplom für Heilpraktiker gibt.



PRO. 2006 wurde die Praxisbewilligung für Naturheilpraktiker abgeschafft. Seither kann im Kanton Luzern jeder eine Naturheilpraxis eröffnen, auch ohne Aus-

bildung! Weil ich für Qualität und Patientenschutz in der Naturheilkunde einstehe, sage ich JA zur Initiative. Diese verlangt die Wiedereinführung der Praxisbewilligung für Naturheilpraktiker der Fachrichtungen Homöopathie, TCM und TEN.

Naturheilkundliches Wissen und gute Kenntnisse in medizinischen Grundlagenfächern sind zwingend, um als Naturheilpraktiker eine Behandlung kompetent durchführen zu können.

Naturheilkunde ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Gesundheitswesens und Patientenschutz ist Aufgabe des Staates. Es ist daher nicht zu verantworten, dass im Kanton Luzern eine Naturheilpraxis ohne jede Ausbildung eröffnet werden kann. Wie andere Kantone kann auch der Kanton Luzern die nötige Praxisbewilligung sofort und kostengünstig wieder einführen. Die Forderungen der Initiative sind realistisch und sinnvoll.

Der Gegenvorschlag zementiert die heute unbefriedigende Situation. Auf Jahre hinaus soll nur eine Meldepflicht gelten. Diese sichert weder die nötige Behandlungsqualität noch den Patientenschutz in der Naturheilkunde.

*Dr. Christoph Bachmann
Hirschmatt Apotheke Luzern*



CONTRA. Die Initiative will, dass für die Bereiche Homöopathie, Traditionelle Chinesische Medizin und Traditionelle Europäische Medizin (Therapieformen

der Naturheilkunde) wieder eine Betriebsbewilligung eingeführt wird. Alle anderen Angebote wie Kinesiologie, Fussreflexzonenmassage usw. würden nicht unter diese Bewilligungspflicht fallen. Ein Umstand, der nicht sehr sinnvoll ist und schon gar nicht dem vollumfänglichen Schutz der Klientel dient.

Dass gut ausgebildete Fachleute sich mit ihrem Können gerne mit einer Betriebsbewilligung abgehoben hätten, ist nachvollziehbar. Da es aber (noch) kein national anerkanntes Diplom für die Berufe in Komplementärtherapie und Alternativmedizin gibt, ist es fast unmöglich, die angestrebte Bewilligung nach gerechten Grundsätzen auszustellen.

Aktuell hat jeder Kanton eine individuelle Lösung. Der für den Kanton Luzern vorliegende Gegenvorschlag zur Initiative verpflichtet alle Anbieter, ihr Angebot einzutragen. Mit dieser Massnahme ist die Breite der Alternativmedizin und Komplementärtherapie erfasst. Und wenn die Forderungen auf nationaler Ebene in den nächsten Jahren umgesetzt werden, wird der Vollzug einfacher, auch für das Bewilligungsverfahren im Kanton Luzern.

*Hedy Eggerschwiler-Bättig
Kantonsrätin CVP, Buttisholz*

Namen

Franz Zemp, Buttisholz

Franz Zemp wurde in stiller Wahl zum neuen Gemeindepräsidenten von Buttisholz gewählt. Er löst Josef Huber für die restliche Amtsdauer 2008 bis 2012 ab.

Peter Obi, Ettiswil

Auch in Ettiswil gibt es einen Wechsel an der Spitze des Gemeinderates. Peter Obi-Felber ersetzt den abtretenden Gemeindepräsidenten Franz Künzli.

Lukas Wedekind, Ermensee

In stiller Wahl wurde Lukas Wedekind-Schmid als neues Mitglied des Gemeinderates Ermensee gewählt. Er tritt am 1. September 2010 die Nachfolge von Hanni Stutz an.

Termine

Parteifest

Am Samstag, 20. November 2010 findet in Sempach das Parteifest der Luzerner CVP statt. Uns erwartet ein Abend voller Unterhaltung und spannender Gäste. Bitte vormerken!

! Nominationstermine !

Im Hinblick auf die Wahlen 2011 werden die Nationalrätinnen und Nationalräte, früher als gewohnt, bereits an der DV vom 19. Oktober 2010 nominiert. Am 11. Januar 2011 entscheiden die Delegierten, mit wem sie die zwei CVP-Regierungsratsitze verteidigen wollen.

Delegiertenversammlungen

Montag, 23. August 2010;
Dienstag, 19. Oktober 2010;
Dienstag, 11. Januar 2011

Rathausen: Eine andere Sicht

Ich war auch in Rathausen und zwar von 1953 bis 1955. Das war gerade der Zeitpunkt, als die Erziehungsanstalt in «Kinderdörfli» umbenannt wurde.



1953, etwa zwei Monate nach meinem Eintritt, konnten die ersten beiden Pavillons bezogen werden. Das waren Gebäude mit sechs Zimmern zu je vier Betten. Es gab zwei Stuben, wobei man nur in die eigene Stube Zutritt hatte. Im Eingangsbereich war eine Garderobe, in der Mitte ein grosser Trog, wo man die Schuhe putzen konnte. Es hatte eine kleine Küche, die jedoch nur für das Ausgeben der Mahlzeiten verwendet wurde. Jedes Kind hatte ein abschliessbares Kästchen, wo es die eigenen persönlichen Dinge aufbewahren konnte. In diesen beiden Pavillons wohnten Sekundar- und Oberschüler. Die jüngeren Kinder waren im Klostergebäude untergebracht. Dort gab es noch Schlafsäle.

In jedem Pavillon war eine Ingenbohler Schwester alleine verantwortlich, von

morgens bis abends, 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche. Eine unglaubliche Belastung.

Nach dem Mittagessen war jeweils Kartoffeln schälen oder Gemüse rüsten angesagt. In der Freizeit mussten wir ab und zu Kartoffeln ernten oder andere landwirtschaftliche Arbeiten ausführen. Besonders beliebt war der Althof, weil es dort nach getaner Arbeit noch Bratwurst und Rösti gab. Zur Fasnachtszeit kam der Fritschivater auf Bescherung, wobei mir Peter Zai besonders in Erinnerung geblieben ist.

Nun fragt sich jedermann, weshalb ich in Rathausen war. Der Besuch des Gymnasiums in Mendrisio war wegen der schlechten Postautoverbindungen von Serpiano her, wo ich aufgewachsen bin, nicht denkbar. Es ergab sich, dass meine Eltern den damaligen Direktor von Rathausen kannten. Dieser empfahl, dass ich die Sekundarschule in Rathausen besuchen sollte.

Ich habe die zwei Jahre in Rathausen gut überstanden. Von den Missbräuchen, wie sie in jüngster Zeit angeprangert werden, war ich nie betroffen und habe auch nichts bemerkt. Kürzlich habe ich

zwei Ehemalige von Rathausen getroffen, einer war sogar ab dem Kindergarten dort. Beide waren nicht von Missbräuchen betroffen und haben auch nichts bemerkt. Trotzdem finde ich es richtig, dass jetzt die damalige Situation aufgearbeitet wird und dass offen gelegt wird, was sich in Rathausen ereignet hat. Man sollte aber nicht nur das Negative hervorheben, sondern eine ganzheitliche Beurteilung vornehmen.

Hansruedi Kunz, Jg. 1940, lebt in Kriens. Er war von 1993-2008 für die CVP im Krienser Einwohnerrat, 2004-2005 als Präsident.

Parolen auf einen Blick

Volksinitiative zur «Luzerner Naturheilkunde» Nein zur Initiative – JA zum Gegenvorschlag Stichfrage: GEGENVORSCHLAG	NEIN (30:10)
Gesetz über die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	JA (97: 77:7)
Sanierung und Erweiterung Berufsfachschule in Sursee	JA (30:10:4)
Volksinitiative «Für faire Prämienverbilligung» Nein zur Initiative – JA zum Gegenvorschlag Stichfrage: GEGENVORSCHLAG	NEIN (165:13:2)

Impressum

CVP aktuell:

Informationsbulletin der CVP Kanton Luzern.
Es erscheint 8 bis 10-mal im Jahr.

Redaktion:

CVP Kanton Luzern
Sekretariat
Postfach
6000 Luzern 6
Tel. 041 420 77 22 / Fax 041 420 48 00
E-Mail: info@cvpluzern.ch
Internet: www.cvpluzern.ch

Druckerei:

Meyer Rottal Druck AG, 6017 Ruswil